

WOLFGANG FRITZ HAUG

Gedanken zum 2. Juni 1967

Die Verquickung und Überlagerung von Konflikten, die 1967 im Westteil Berlins ihren ersten blutigen Höhepunkt fanden, ließ das politische Drama einen Quantensprung machen auf eine Ebene, auf der sich noch nicht einmal ein Jahr später die nächste Tragödie ereignete, deren weitere Folgen die Bundesrepublik nachhaltig verändert haben. Das hier zu erinnernde und zu bedenkende Geschehen scheint einer Logik zu folgen, die sich wie die komplementäre Gegenlogik zur von Florian Havemann geschilderten Logik des Ursprungsmotivs des gescheiterten Sozialismus ausnimmt. War doch letzterer, wie er sagte, als eines der großen Ordnungsprojekte der Moderne aus der Unordnung hervorgegangen, mit der die Anarchie des Marktes und des entfesselten Privateigentums die bürgerliche Gesellschaft heimgesucht hatte. Im heute zu Bedenkenden scheint nun umgekehrt der sozialistische Impuls einer bestimmten Ordnung zu entspringen, die wir der Einfachheit halber als die des westdeutschen Postfaschismus bezeichnen können. Vielleicht ist in der Dialektik der beiden gegenläufigen Bewegungen ein Ansatz zu gewinnen, der über entgegengesetzte Einseitigkeiten hinausführt.

Selbst wenn dieser Anspruch zu hoch gegriffen wäre, bliebe ein möglicher Zweitnutzen. Die möglichen Subjekte einer Linken im 1990 im Schwerefeld der D-Mark ineinsgefallenen Deutschland haben eine gespaltene Geschichte und können, solange dies ihr Bewußtsein bewußtlos bestimmt, nicht zueinanderfinden. Sich das heute vor siebenunddreißig Jahren mit tödlicher Energie aufladende Drama vor Augen zu führen und mit dem Geschehenen, das sich in der Stalinallee verkörperte, zusammenzudenken, mag dazu beitragen, ein, bei allen unaufhebbaren Unterschieden, gemeinsames linkes Geschichtsbewußtsein zu bilden, das – zumindest bis die an diesem Tisch vertretenen Generationen ausgestorben sein werden – wie eine Ellipse zwei Brennpunkte haben wird.

Wenden wir den Blick zurück.

Am 2. Juni 1967 ist vor der Westberliner Oper in der Kantstraße der Student Benno Ohnesorg von dem Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen worden. (Am 27. November 1967 ist Kurras von der Anklage fahrlässiger Tötung freigesprochen worden.) Was soll, mag eine von Bildern gewaltsamer Tode überschüttete und überfütterte Welt fragen, ein Toter mehr oder weniger. Doch manchmal genügt ein Funke, um ein Feuer zu entzünden. Ob der 2. Juni 1967 in der DDR geschichtswirksam geworden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Für Westberlin aber und, von dort austrahlend, für die Bundes-

Wolfgang Fritz Haug – Jg. 1936, Prof. em. Dr., Sozialwissenschaftler, bis 2001 Professor am Institut für Philosophie der Freien Universität Berlin, u. a. Begründer und Herausgeber der Zeitschrift »Das Argument« und des »Historisch-kritischen Wörterbuches des Marxismus«. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Was tun? Die verwandelte Wiederkehr einer Gründungsfrage, Heft 161 (März 2004); und: 1. Volxuni des »social forum« Tübingen/ Reutlingen, Heft 147 (Januar 2003).

Der hier abgedruckte Text folgt einem Vortrag, den Wolfgang Fritz Haug am 2. Juni 2003 im Konferenzsaal der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Berliner Franz-Mehring-Platz in der

von Florian Havemann ins Leben gerufenen *Denkwerkstatt* gehalten hat. Der Abdruck eines weiteren Vortrags aus dieser *Denkwerkstatt*, mit dem Florian Havemann am 29. August 2003 das 68er-Thema aufgriff und aus anderer Sicht beleuchtete, schließt sich dem des Haug-Beitrages unmittelbar an.

Im Rückblick auf die erste Zusammenkunft der *Denkwerkstatt* am 25. April 2003 vermerkte Wolfgang Fritz Haug: »Beim ersten Treffen hat Florian Havemann eine reizvolle Mischung von Erinnerungen ans Aufwachsen in der Stalinallee und seinen Onkel Henselmann mit historisch-kritischen Überlegungen zum Entstehen und Vergehen des in der DDR wie immer beeinträchtigt und entgleisend zum Zuge gekommenen Sozialismus vorgetragen. Der Ort unseres Treffens, das Turmzimmer am Frankfurter Tor mit seinem *genius loci* und dem Blick auf die umliegende Stadtlandschaft gab seinen Worten eine Anschaulichkeit, die wir heute nicht bieten können. Zumal der Ort des heutigen Geschehens (die Räume der Rosa-Luxemburg-Stiftung befinden sich im Gebäude des ehemaligen SED-Zentralorgans *Neues Deutschland* – d. Red.) politische Nöte atmet, die nach anderem verlangen, als was wir zu erinnern haben. Der Zufall hat gewollt, daß unser zweites Treffen am 2. Juni 2003 stattfindet, und weil mir die Bemerkung herausgerutscht ist, daß wir dem Wink folgen und uns damit beschäftigen sollten, was heute vor sechsunddreißig Jahren geschah, blieb es an uns hängen, etwas zu sagen.«

republik ist Benno Ohnesorgs »klarerweise unprovocierter Tod«, wie Jürgen Habermas am 20. Juni 1967 in einer Diskussion mit Dutschke gesagt hat, zu einem »point of no return« geworden.

Um die Gründe zu verstehen, die dem Geschehen eine derart unaufhaltsame Dynamik mitgeteilt haben, müssen wir uns vor Augen führen, daß sich damals der Protest gegen einen als ungerecht empfundenen Krieg der USA mit dem Protest gegen eine als Gefährdung der demokratischen Freiheiten empfundene Veränderung des Grundgesetzes viel inniger verband, als heute die Proteste gegen die neoliberale Globalisierung mit den Protesten gegen die amerikanische Kriegspolitik und dem Kampf gegen den neoliberalen Sozialabbau im Innern. 1967 war das Jahr der Notstandsgesetze, mit denen der westdeutsche Staat sich einbunkerte gegen mögliche soziale Bewegungen. Und es war die Zeit, in der eine erste krisenhafte Schwäche der Wirtschaftswunderkonjunktur zu einer großen Koalition geführt hatte. Die oppositionellen Kräfte fühlten sich nicht mehr im Parlament vertreten. Eine außerparlamentarische Opposition bildete sich. Ausläufer der Erschütterung, die die chinesische Kulturrevolution hervorgerufen hatte, verbanden sich mit Impulsen der wachsenden amerikanischen Protestbewegung gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam. In Berkeley bildete sich eine neue Formensprache des studentischen Protests heraus, die mitsamt der dazugehörigen Terminologie ins amerikazugeneigte Westberlin mit seinen Austauschstudenten und seinen amerikanischen Garnisonen herüberwirkte. Eine ganze Generation lernte von heute auf morgen Wörter wie *sit-in*, *teach-in*, ja *love-in* und sogar *be-in*. Die werdende Bewegung bedankte sich mit einem Gegengeschenk an die GIs der Westberliner Garnison: Für den Fall ihrer Abberufung nach Vietnam rief der studentische Konvent sie zur Desertion auf und bot ihnen Hilfe beim Untertauchen an. Es versteht sich, daß man erst recht Solidaritätsaktionen für die vietnamesische Befreiungsfront beschloß und von nun an keine Gelegenheit ausließ, bei allen möglichen offiziellen Anlässen provokativ Geld zu sammeln, was immer wieder zu Beschlagnahmen führte.

Das *make love not war*, das wie ein Wappenspruch über der Szene hing, deutet eine weitere Dimension an. Das sogenannte Wirtschaftswunder hatte die Bedingungen für eine Veränderung der Lebensweise geschaffen, die sich vor allem bei den Jüngeren mit Ausdrucksformen geltend machte, die von den Älteren weder verstanden noch toleriert wurden. Das galt besonders für sexuelle Freiheiten, die sich Teile der werdenden Bewegung immer spektakulärer herausnahmen.

Zum Beispiel war damals noch Pornographie verboten, genauer: ihre öffentliche Vorführung. Doch wenn viertausend Studenten das Auditorium Maximum der Technischen Universität füllen, kommt kein Polizeieinsatz dazwischen. So führte der ASTA auf drei Leinwänden simultan Filme vor, in denen kopuliert wurde, was in der Serie wie eine Manufaktur wirkte. Danach wurde über Sexualität und Herrschaft geredet, bis drei junge Studenten auf die Bühne sprangen, ihre Kleider abwarfen, ihre flachbäuchigen sonnengebräunten Körper ausstellten und Studentinnen aufriefen, es ihnen gleichzutun. Das tat aber keine, und auch bei den drei Helden tat sich nichts, was

sie auf »die kalten wissenschaftlichen Augen von diesem Haug« schoben. Sie hatten offensichtlich meinen Blick ganz falsch verstanden. Ich fand sie ihrerseits aseptisch. Sie glichen jenen unbedarften Sportlerstatuen, die man vor Schwimmbädern aufzustellen pflegt.

In solchen Dimensionen unserer Geschichte dürften die Generationserfahrungen aus den beiden deutschen Staaten sich am ehesten berühren. Die Musik der Beatles, die länger werdenden Haare, das Abstreifen der bürgerlichen Uniform, die Aufkündigung des Krawattenzwangs, der Siegeszug der Jeans und des offenen Kragens, der Auftritt des nackten Körpers brachen mit einer bis dahin fast unangefochten herrschenden Ordnung, die zunehmend als unerträglich empfunden und herausgefordert wurde. Deren Abwehrkampf gegen musikalischen Geschmack, Röhrenhosen und langes Haar bei jungen Männern ist auf beiden Seiten der damals ihrem fünften Jahrestag entgegengehenden Mauer geführt und verloren worden. In der DDR ging dies mit einer Spaltung der Kultur einher, wie sich am eisernen aufrechterhaltenen Krawattenzwang und Titeltakt in DDR-Restaurants ablesen ließ, was einen zuletzt generationentiefen Abstand der Kulturen in den beiden deutschen Staaten markiert hat.

1967 jedenfalls summierten sich und überlagerten einander in Westberlin die unterschiedlichsten Konflikte größeren und kleineren Ausmaßes. Als die Polizei die Räume des SDS durchsuchte und die Mitgliederkartei beschlagnahmte, protestierte selbst der RCDS dagegen. Überhaupt war die studentische Rechte von der kulturellen Dimension der Bewegung mitgezogen, was an den geföhnten lockigen Haaren abzulesen war, mit denen sich plötzlich auch Sprecher aus diesen Kreisen zu zieren begannen.

Eine Anekdote ist vielleicht geeignet, als Merkbild zu dienen.

Das Februarheft des *Argument* von 1966 war dem Vietnamkrieg gewidmet. In meinem Editorial findet sich auf den Begriff gebracht, was als eine Art Kriegsgrund zwischen Studenten auf der einen, Professoren und Behörden auf der anderen Seite fortwirken sollte: »Wissenschaft ist, so sehr es viele ihrer Vertreter leugnen mögen, innerlich nie unpolitisch, sondern vielmehr selber ein gesellschaftliches Verhältnis. (...) Dabei können wir nicht einmal mehr, wie die Deutsch-Französische Jahrbücher vor 120 Jahren, deren späte Nachfolger wir in mancher Hinsicht sind, ohne weiteres davon ausgehen, daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen«. Eher schon können wir davon ausgehen, daß unsere Adressaten längst unter dem Alptraum der falschen Gesellschaft leiden, von der sie nur einen Begriff haben müssen, damit ihr Leid sich in befreiende Energie umwandele.« (8. Jg., H. 1, 1966, 1)

Das Heft wird dann übrigens eröffnet mit dem großen Artikel von Georg W. Alsheimer, alias Erich Wulff, *Die Amerikaner in Vietnam*, den Herbert Marcuse ins Amerikanische und André Gorz ins Französische übersetzen (und in Sartres Zeitschrift *Les Temps modernes* veröffentlichen) ließen.

Zum Argument-Klub – er war übrigens am Rande einer vom Rektor mit Polizeihilfe verbotenen und dann (wie so manche Unruhe in der späten DDR) im evangelischen Gemeindehaus abgehaltenen Veranstaltung mit Erich Kuby gegründet worden –: Zu dieser Grup-

Diese Denkwerkstatt soll ein Ort des Austausches sein zwischen Intellektuellen und Künstlern auf der einen Seite und Menschen, die in direkter Weise Politik machen – ich hoffe hier auf eine gegenseitige Befruchtung und Beeinflussung. Daß hier allein die Intellektuellen die Gebenden und die Politiker die Nehmenden sein könnten, würde ich vermeiden wollen. Auch Intellektuelle haben von Politikern einiges zu lernen. – Florian Havemann beim ersten Treffen der *Denkwerkstatt* am 25. April 2003.

Ich gehe davon aus, daß wir hier zusammen kommen, um uns mit der Frage herumzuquälen, was hier und heute und in Beziehung zu den von uns absehbaren Entwicklungen links sein könnte, welche linken Alternativen es zum Bestehenden geben könne – insbesondere aber auch, um die Frage zu beantworten, ob es in Deutschland eine linke, sozialistische Partei, eine Partei links von der SPD geben kann und was diese gegebenenfalls ausmache. – Florian Havemann beim ersten Treffen der *Denkwerkstatt* am 25. April 2003.

pirung, aus der später mehrere ASTA-Vorsitzende und auch der SDS-Bundesvorsitzende in der Hochzeit der Proteste hervorgegangen sind, stieß ein Stipendiat der nationalkonservativen Studienstiftung des Deutschen Volkes, ein klug aussehender bebrillter junger Mann, der sein konservativ geschnittenes Haar streng gescheitelt – wie mit dem Beil gezogen – trug. Er machte einen pünktlichen Eindruck. So wurde er zum Korrektor der Zeitschrift bestellt. Die erste Auflage jener Vietnamnummer legt davon Zeugnis ab: Sie war zu unserer maßlosen Überraschung gespickt mit mindestens einem halben Hundert Druckfehler. (In den sage und schreibe sieben Nachauflagen des Heftes sind sie natürlich korrigiert.) Die Überraschung wurde durch eine zweite in den Schatten gestellt, denn wenige Monate später war aus unserem Studienstiffler eine Art Struwelpeter geworden, dessen Haar nach allen Seiten struppig explodierte und dessen Foto aus jener Zeit noch ebenso gewärtig ist wie sein Name. Ich spreche von Rainer Langhans, neben Fritz Teufel die subversive Narrenfigur des historischen Moments, die die Akte der unaufhaltsam ihren Lauf nehmenden Tragödie mit ihren inszenierten Streichen und Sprüchen unterbrach und die Medien mit Bildern und Beispielen versorgte, die die öffentliche Erscheinung der immer weiter anschwellenden sozialen Bewegung, die unterm Namen der Studentenbewegung bekannt geworden ist, mitgeprägt hat.

Die rasante Verwandlung des Rainer Langhans durchlief in einer einzigen Person die Extremgestalten, die damals die Bevölkerung spalteten und das Mehrheitsmilieu der Normalen alten Typs mit Aggressionen auflud, die sich in pogromartigen Akten entluden.

Man muß sich die Schockwelle vorstellen, wenn den Kindern des Wohlstands gesagt wurde, sie seien vom Osten gesteuerte »langhaarige Affen« und sollten »doch nach drüben« gehen. Oder wenn – nun allerdings zehn Jahre früher – wir von der Studentengruppe gegen Atomrüstung Flugblätter verteilten, die, weil das Wort »Gesellschaft« darin vorkam, östlichen Ursprungs verdächtigt wurden – eine Erfahrung, die man als Student ähnlich in Seminaren machen konnte, wo das Wort Gesellschaft in der auslaufenden Adenauerzeit ein Unwort war.

Wer immer gesagt kriegt, er sei rebellisch, wird es am Ende.

Wenn es in der Sache bereits genügend Anlaß zu Protesten gab und diese Proteste erstmals vom Rand ins Zentrum durchzudringen begannen, so riefen sie alsbald Protestverbote und Protestdifferenzierungen hervor. Als Konflikt ums politische Mandat etwa der Studentenschaft mit den dazugehörigen Disziplinarmaßnahmen spielen Nachfolgekonflikte auch heute noch eine Rolle. Der verbotene Protest wurde doppelter Protest. Der Protest gegen die versuchte Erhöhung der Studiengebühren und das Verbot einer Demo dagegen addierten sich zum bereits virulenten Konfliktpotential. Die Festnahme von Studenten, die gegen eine Kranzniederlegung des Bundeskanzlers Kiesinger in Plötzensee, dem Ort der Hinrichtung der antifaschistischen Widerstandskämpfer, durch einen Mann, der als NS-Kriegsrichter noch nach Kriegsende Deserteure verurteilt hatte, führte zu Protesten, die mit Verboten bedacht wurden, die wiederum mit Lust erst recht übertreten wurden. Dabei war der Staat mit seinem repressiven Argwohn der Bewegung immer einen Schritt vor-

aus. Er reagierte präventiv und rief so die Aktionen erst vollends hervor.

Was könnte damals wie heute mehr Anlaß dazu bieten als Staatsbesuche. Erst recht, wenn einer der höchsten Vertreter der kriegführenden USA ins Haus steht. Die Bewegung trat mit der Vietkong-Fahne gegen das Sternbanner auf. Im April 1967 kam es zur Festnahme von 11 Studenten, überwiegend Mitglieder der Kommune I, unterm Vorwurf, ein Bombenattentat auf den amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey geplant zu haben. Der *Abend* schrieb, »Maos Botschaft in Ost-Berlin lieferte die Bomben«. Bei den Bomben handelte es sich in Wirklichkeit um Rauchkerzen und Plastikbeutel mit Farbstoff, Pudding und Mehl. Ein paar Tage später schloß der deutsch-amerikanische Schriftsteller Reinhard Lettau im Audimax seinen Vortrag mit den Worten, er werde den Versammelten das Resultat seiner Berliner Presseanalyse dadurch mitteilen, daß er jetzt die Berliner Zeitungen zerreiße – was er denn auch tat. Dieser szenisch buchstäblich vollzogene Verriß der Westberliner Presse drückte aus, was die anschwellende Sozialbewegung von den Medien dachte. Und da drei Tage später der Militärputsch in Griechenland stattfand und die Einrichtung von KZ für Linke und Demokraten (u. a. Papandreou und Sohn) bekannt wurde, kann man sich vorstellen, daß vor dem Hintergrund der Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik die Befürchtung einer schleichenden Re-Faschisierung der Verhältnisse immer mehr Anhaltspunkte fand.

Als der bis dahin politisch nicht hervorgetretene Benno Ohnesorg, Mitglied der evangelischen Studentengemeinde, am 2. Juni 1967 von dem Polizisten Kurras »klarerweise unprovokiert« erschossen wurde, geschah dies im Rahmen einer Polizeiaktion, die es dem Schah von Persien, Reza Pahlewi, ermöglichen sollte, sich mit seiner Frau Farah Diba an Mozarts *Zauberflöte* zu ergötzen, ohne beim Verlassen der Oper den Anblick von Demonstranten erdulden zu müssen. Bereits in Bonn, dann in München war der Besuch der Staatsgäste von Protesten begleitet gewesen.

Bei der Westberliner Polizei herrschte Alarmzustand, seit in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai in allen Stadtteilen Steckbriefe gegen den Schah aufgetaucht waren. Dieser, so verkündeten sie, werde gesucht »wegen Mord und Folterungen an dem Journalisten Karpour Schirazi, an dem Außenminister Hossein Fatemi, an dem Justizminister Lotfi nach vorherigem Ausreißen der Augen, an einundsiebzig oppositionellen Offizieren, an Hunderten von Kommunisten, an ziviler Bevölkerung und Studenten.«

Wie Tschombé den linksbürgerlichen Lumumba, hatte Pahlewi mit CIA-Hilfe den linksbürgerlichen Reformer Mossadeq beseitigt. Und wie im an Bodenschätzen reichen Kongo, wo der Massenmord dieser Tage wieder einmal Triumphe feiert, ist auch der Iran, der sich in Reaktion auf jene westlich gestützte Ausbeuterdiktatur dem Islamismus in die Arme geworfen hat, heute fortwirkend noch immer ein Brennpunkt der Weltkonflikte, weil er auf der Abschußliste der amerikanischen Administration steht.

Am Vorabend der Erschießung von Benno Ohnesorg hatte der ASTA der FU Berlin eine Informationsveranstaltung mit 2000 Studenten zu »Persien – Modell eines Entwicklungslandes« durchgeführt.

Ich glaube, daß wir nicht versuchen sollten, diese Frage direkt zu beantworten, daß wir uns vielmehr erst einmal mit Geschichte, mit unserer Geschichte, beschäftigen sollten: ausgehend davon, daß es noch keine allgemein verbindliche Auffassung dessen gibt, wie die Entwicklung der sozialistischen/kommunistischen Bewegung zu erfassen, zu verstehen sei; ausgehend davon, daß jeder der hier Versammelten versucht haben wird, sich einen Reim auf diese Geschichte zu machen, sie in irgendeiner Weise für sich zu interpretieren; ausgehend auch davon, daß es noch keinen wirklichen Austausch dieser Geschichten und Geschichtsinterpretationen gegeben hat – besonders nicht einen, der auch die für jeden offenen Fragen benennt, die Dinge, mit denen man nicht klar kommt, die man sich nicht erklären kann; ausgehend weiter davon, daß diese Geschichtsinterpretation, die jeder für sich vornimmt, ganz wesentlich die Perspektive bestimmen wird, von der aus man die gegenwärtige Situation, die Zukunftsaussichten des Sozialismus und die also anstehenden Aufgaben sieht; und ausgehend schließlich davon, daß sich die Vorschläge, die jeder in der gegenwärtigen Situation macht, nicht allein von den politischen Realitäten und gesellschaftlichen Entwicklungen herleiten, sondern ganz entscheidend eben von diesen Perspektiven geprägt sein dürften, die sich jedem auf Grund seiner eigenen Geschichtsinterpretation in ganz unterschiedlicher Weise bieten. – Florian Havemann beim ersten Treffen der *Denkwerkstatt* am 25. April 2003.

Der Streit, wie es weitergehen soll – er wird geführt, wird auch geführt werden müssen, die Aufgabe der *Denkwerkstatt* dabei sollte sein, immer wieder innezuhalten, die eigene Position in Frage zu stellen, sie mit Menschen diskutieren zu können, die hier nicht Konkurrenten, politische Gegner, sondern ebenso Suchende sind. Was wir als *Denkwerkstatt* nicht versuchen müssen, das ist, zu einer gemeinsamen Haltung und Einschätzung zu kommen. Als eine Gemeinschaft, die darauf aus ist, eine der linken Strömungen zu stärken und mit klugen Ideen zu versorgen, sollten wir uns nicht begreifen. Eine neue Stärke der Linken – das ist, wie ich annehme, sicher unsere gemeinsame Überzeugung – kann in unserer Zeit nur aus der offenen, der dabei aber nicht nur kritischen, sondern auch solidarischen Debatte entstehen. – Florian Havemann beim ersten Treffen der *Denkwerkstatt* am 25. April 2003.

Überhaupt hatte sich an der FU inzwischen eine studentische Öffentlichkeit – mit Bundesgenossen unter Schriftstellern und einigen wenigen Professoren – entwickelt, die einfach an allem Anstößigen Anstoß nahm. Was sie tat, läßt sich auf die Kurzformel der immanen Kritik bringen. Sie konfrontierte die Verfassungswirklichkeit mit der Verfassungsnorm, die autoritären Strukturen mit den Bekenntnissen zur Demokratie, das Wort zum Sonntag mit dem, was unter der Woche geschah. Später wird man sagen, daß es Aktivitäten dieser Art waren, die dem Postfaschismus in der Bundesrepublik ein Ende bereitet und das Land in ein »normales westliches Land« verwandelt haben.

Und wie heute die Großen der Welt sich nicht versammeln können, ohne daß die Kritiker ihrer Politik dort ebenfalls zusammenströmen, so damals die Studenten. So erschienen etwa zur feierlichen Eröffnung des Kennedy-Instituts tausend ungeladene studentische Gäste, die den Regierenden Bürgermeister mit Buh-Rufen empfangen. Die Springerpresse griff diesen an, weil er die »roten Radaubröder« demonstrieren lasse.

Doch damals machte der Staat mit einer Gewalt und in Formen mobil, von denen ein Jürgen Habermas sich an die NS-Zeit erinnert fühlte.

Daß die Spirale von Gewalt und Gegengewalt sich noch immer höher schraubte, wurde durch die internationale Situation gefördert. Drei Tage nach Benno Ohnesorgs Tod überschattete der 6-Tage-Krieg im Nahen Osten dieses Ereignis, der jenes Besatzungsregime hervorrief, unter dem noch immer Tag um Tag gestorben wird und der einen der heute gefährlichsten, weil von der Gefahr einer nuklearen Katastrophe durchlauernten Konflikt hinterlassen hat.

Diesen Horizont muß man sich vorstellen, wenn man die Dynamik der Konflikte und Ängste verstehen will, die einen Hexenkessel angeheizt hat, der die kulturell vermutlich schöpferischste Phase der Bundesrepublik bedeutet hat.

Damals löste die demonstrativ getragene Trauer um Ohnesorg neue Aggressionen aus. Frigga und ich bekamen sie persönlich zu spüren. Nach dem Tod von Benno Ohnesorg befestigten wir einen schwarzen Stoffstreifen an der Antenne unseres Autos, das ich von meinem Vater zur Promotion geschenkt erhalten hatte. Das führte zu bedrohlichen Straßenszenen. Mehr als einmal wurden wir gefährlich von anderen Wagen geschnitten, besonders erinnere ich mich an ein Taxi, dessen Fahrer drohend die Faust schüttelte und schrie, »studier erst mal richtig!«.

Das Juliheft 1967 (Nr. 43) des *Argument* heißt dann *Wissenschaft als Politik*, und das Editorial befaßt sich mit dem Konflikt um die Rezension eines Seminars von Ernst Fraenkel, der in panischer Paranoia unsere Zeitschrift als »dunkle Macht im Hintergrund« wählte. Es geht um Demokratie und rationale Öffentlichkeit. Der Name der Zeitschrift, *Das Argument*, ist Programm. Am Ende des Editorials folgt ein kleingedruckter Zusatz: »Die vorstehende Kontroverse ist durch die Ereignisse vom 2. Juni und durch die seitherige Entwicklung ebenso belanglos wie entsetzlich aktuell geworden. Das Stereotyp von den dunklen Mächten im Hintergrund hat zugeschlagen. Angesichts der Erschlagung von Benno Ohnesorg und

angesichts der täglich wachsenden Hetze gegen die ›radikalisierten Minderheiten‹ droht rationales Argumentieren zuschanden zu werden: Ritual und Polizeiterror haben ihren Zusammenhang gezeigt: In Krisensituationen geht die in Ritualen verborgene mittelbare Herrschaft in unmittelbare über. (...) Keine noch so potente ›Minderheit‹ wäre zu fürchten, würde an der Universität in aller Öffentlichkeit am Aufbau demokratischer und rationaler Verhältnisse zusammengearbeitet.« (93)

Man ersetze übrigens einmal probeweise »Universität« durch »DDR«, und man wird auf einen Schlüssel zum Verständnis der weiteren Entwicklung stoßen.

Anfang Juli 1967 sprach dann Herbert Marcuse im überfüllten Audimax der FU über »Ziele, Formen und Aussichten der Studentenopposition«. Im *Argument* (Nr. 45, Heft 5/6 1967) erschien der Vortrag zusammen mit kritischen Anmerkungen Abendroths, dazu Günther Anders' »Philosophisches Wörterbuch heute« zum Vietnamkrieg und ein Beitrag zum arabisch-israelischen Konflikt von Baber Johansen. Die Akteure und Adressen haben sich seither geändert, aber im Großen wirkt die Konstellation weiter mit dem einzigen, desto signifikanteren Unterschied, daß kein Gleichgewicht des Schreckens der imperialen Gewalt eine Grenze zieht.

Stilles Wasser ist klar. Kommt es in Bewegung, wird es trübe. Die Schneltpolitisierung bringt Rohmaterial an die Oberfläche. Ohne politische Erfahrung, ausgeliefert der Rhetorik, jederzeit bereit, sich in irgend eine Richtung bewegen zu lassen. Die Polarisierung, die in einer Gesellschaft zunimmt, wiederholt sich im Innern der rebellischen Bewegung wie im Innern der konservativen Kräfte.

Am ersten Weihnachtstagsabend 1967 ergreift Rudi Dutschke in der Kaiser-Wilhelm-Kirche das Wort, um gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam zu sprechen. Es kommt zum Tumult. Dutschke wird verletzt. Ein Kriegsinvalide schmettert ihm seine Krücke über den Schädel.

Am folgenden Gründonnerstag, 11. April 1968, wird Rudi Dutschke von dem Hilfsarbeiter Josef Bachmann auf dem Kurfürstendamm vom Fahrrad gerissen und niedergeschossen.

Unter den 15- bis 25jährigen quer durch alle Gesellschaftsklassen kennen inzwischen mehr den Namen Rudi Dutschke als den des Bundeskanzlers.

Die liberal-konservativen Instanzen verlieren jede Glaubwürdigkeit bei der Jugend. Schließlich werden ihre besten Vertreter, wie man an der weiteren Entwicklung des Regierenden Bürgermeisters, des Pfarrers Heinrich Albertz, oder auch des Innensenators, Wolfgang Büsch, ablesen kann, von tiefen Selbstzweifeln erfaßt. Die Springersche Hetze ekelt sie an, und der plumpe Polizeistaatstil der Gewaltapparate macht ihnen Angst.

Am Ostermontag, 15. April 1968, sagt Heinrich Albertz auf einer Kundgebung am Funkturm, die unter dem Motto »Für einen neuen Anfang« abgehalten wird: »Ich spreche als einer, der versucht hat, aus seinen Erfahrungen und Fehlern zu lernen. Ich spreche als einer, der, wenn er an das entsetzliche Attentat vom Gründonnerstag denkt, auch an einen anderen denken muß, der am 2. Juni 1967 erschossen wurde und für den er Mitverantwortung trägt.«

Abends ergreifen u. a. Dahrendorf, Ristock und wiederum Albertz das Wort. Das ist der Re-Integrationsversuch der ethisch weniger abgestumpften und z. T. auch einfach klügeren Sozialliberalen.

Im Rückblick erscheint vieles unerledigt – und doch folgenreich. Oskar Negt hat dazu bemerkt, die Hauptziele seien Makulatur, doch die unterschwelligen Ziele Geschichte. Er meint nicht vergangene Geschichte, sondern weiterhin geschichtsbildende Kräfte.

Ein Effekt erster Generation der Studentenbewegung bestand darin, Liberale nach rechts zu treiben, selbst Linksliberale wie meinen damaligen Chef, den FU-Rektor Lieber, von dem wir als junge Studenten zum ersten Mal von Horkheimer und Adorno gehört hatten, der noch im Februar 1967 seine Rede zur Eröffnung einer Auschwitz-Ausstellung im *Argument* veröffentlicht hatte und der sich jetzt einer reaktionären Gruppe, die sich »Notgemeinschaft« nannte, anschloß, um schließlich verbittert an die Sporthochschule Köln als Rektor zu gehen, nachdem der erste Reformkonvent der FU ihm bei der Präsidentenwahl unter kräftiger Mitwirkung seiner Assistenten (ich war einer davon) eine Niederlage verpaßt und Rolf Kreibich gewählt hatte.

Ein Effekt zweiter Generation bestand darin, daß sich unter den liberalen und demokratischen Intellektuellen die klügeren, kühneren und risikobereiteren für Ideen der Studentenbewegung zu öffnen begannen. Sie mäßigten die Bewegung, indem sie die reformistisch erfüllbaren Ziele und die radikal kapitalismuskritischen auseinanderdividierten. Sie verwandelten, was nach einer Revolution ausgehen hatte, in eine Reform. Daß es das gibt – eine sozialliberale und sozialdemokratische Reformkraft, übrigens unter Beteiligung vieler Verantwortlicher aus der Evangelischen Kirche –, bringt jene spezifische Kombination von Reformfähigkeit vorm Hintergrund der Resignation radikalerer Vorstellungen zum Ausdruck, worin sich die BRD erneuert und eine eigene Legitimität erwirbt. Das ist ein Prozeß, dem in der DDR nichts entspricht.

In Frage stand doch: Was macht eine Gesellschaft angesichts eines von den Vertretern der Ordnung als Bedrohung empfundenen Änderungsverlangens, das »von innen« kommt, nicht von jenseits der Mauern? Als von außen belagerte Festung könnte sie immer weiter bestehen. Auch Westberlin kann ja in vergleichender Sicht als eine Art DDR des bürgerlich-kapitalistischen, US-geführten Lagers aufgefaßt werden. Nur daß eben hier die Reformfähigkeit wie ein evolutionärer Vorteil wirkte.

An diese Zeit erinnern, heißt nicht, Ruhmeskränze verteilen. Wie von der 1848er-Bewegung sind allerlei unerfreulich verwandelte Gestalten von der 1968er-Bewegung übrig geblieben. Die bekifften Apo-Opas mit ihren mottenzerfressenen Bärten bildeten noch die harmloseste Form des Veteranen. In Massen wurden aus jungen Revolutionären alte Spießer die einen, smarte Machtmenschen die andern. Wieder andere wandelten sich zu bürgerlichen Konvertiten im Büßerhemd wie Semler, neoliberal-konservativen Populisten wie Enzensberger, neuvölkischen Faschisten wie Horst Mahler oder, in Anflügen, Bernd Rabehl.

In Italien sprach man nach 1989 von den »marxisti pentiti«, den reuigen ehemaligen Marxisten, in Abwandlung der »mafiosi pentiti«. Die Konvertiten im Büßerhemd sind eine besondere Pest heute, wie sie damals eine waren, als sie auf die totalitäre Tragödie des Stalinismus die stalinistische Posse ihrer Parteisekten folgen ließen: prokonjunkturelle Glücksritter. Ulrike Meinhof und ihre Genossen machten den stalinistischen oder auch maoistischen Histrionismus nicht mit, obgleich auch sie, wie der von ihnen gewählte Name »Rote Armee Fraktion« zeigt, sich in grotesker Verkennung der geschichtlichen Situation ins heroische Kostüm in diesem Fall aber der prästalinistischen revolutionären Vergangenheit warfen und schließlich in den Tod gingen, nachdem sie den Weg des Tötens ausgesuchter Klassenfeinde eingeschlagen hatten. Im *Argument* (105/1977) schrieb ich, dessen politische Ziehmutter Ulrike Meinhof in der studentischen Antiatombewegung einst gewesen war, den Leitartikel »Gegen den Terrorismus«.

Auf einer Ebene kann man sagen, daß durch jene Bewegung hindurch der fordistische Konsumismus einen veraltenden Konservatismus und am Ende auch die Studenten besiegt hat, wo sie zu siegen schienen. Und dennoch: Die Bewegung war der Eisbrecher der (west-)deutschen Nachkriegsgeschichte.

Aus einer unerträglich empfundenen Ordnung als schöpferische Unordnung hervorgegangen, erfand sie vielfache Formen sozialer Praxis. Soziale Phantasie kam auf Gruppenebene vielfältig an die »Macht« in dem schlichten Sinn, daß etwas machbar wurde und tatsächlich gemacht wurde, was vorher unvorstellbar war.

Man denke nur an die »Aktion roter Punkt«, als die Fahrpreise wieder einmal erhöht werden sollten: Eine Bewegung des Mitnehmers im PKW setzte die Verkehrsbetriebe unter Druck, wie übrigens auch heute die Mitfahrorganisation übers Internet angesichts der Preispolitik der Bahn ungeheuer angewachsen ist.

Zu den Folgen rechnet der Tod des Untertans und das Ende des dumpfen Postfaschismus mit Spätfolgen wie der Entstehung der Turnschuhpartei der Grünen. Das »Verbot, den Rasen zu betreten« hat seine Kraft verloren. Ein gewisser Normalisierungszwang ist gesprengt.

Auf ihrem Höhepunkt im Anschluß an das Attentat auf Rudi Dutschke hat jene Bewegung einen Einfallsreichtum und eine Schöpferkraft bewiesen, von welcher linke und radikaldemokratische Politik einen Begriff behalten muß. Normalerweise ist entweder der Staat oder das Kapital die Instanz, welche die arbeitsteiligen Kompetenzen der Gesellschaft zu konkreter Produktivität oder Handlungsfähigkeit zusammensetzt. Hier aber kamen diese Fähigkeiten von überall her zusammen. Diese Selbstzusammensetzung der sozialen Kräfte erscheint unserer Zeit als Utopie. An der sozialen Bewegung, die am 2. Juni 1967 in Westberlin ihren ersten dramatischen Höhepunkt erfuhr, läßt sich ablesen, daß sie zur konkreten Möglichkeit werden kann.